

Positionspapier zur Landwirtschaft der BDP Schweiz

Die Grundlage für die Weiterentwicklung der Schweizerischen Agrarpolitik bildet Art. 104 der Bundesverfassung. Der Verfassungsartikel bedarf keinerlei Änderungen. Zentrale Elemente des Verfassungsartikels sind die sichere Versorgung der Bevölkerung, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die Erhaltung der dezentralen Besiedelung.

Weiter sollen bodenbewirtschaftende bäuerliche Betriebe gefördert werden und der Bund soll die Massnahmen so ausrichten, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllen kann. Das bäuerliche Einkommen soll durch Direktzahlungen als Entgelt für die erbrachten Leistungen ergänzt werden, dies unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises. Diese Grundsätze unterstützt die BDP Schweiz ausdrücklich, auch für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

In Ergänzung zu den Verfassungsbestimmungen sind der BDP Schweiz folgende konkrete Punkte von zentraler Bedeutung:

Produzierende Landwirtschaft / Angemessenes Einkommen

Die BDP Schweiz will eine produzierende Landwirtschaft, alleine die Landschaftspflege ist für die Bauernfamilien keine genügende Motivation, und nur eine echte Produktion garantiert eine nachhaltige Wertschöpfung.

Durch unternehmerisches Wirtschaften müssen existenzfähige Landwirtschaftsbetriebe ein Einkommen in der Höhe vergleichbarer Branchen im ländlichen Raum erzielen können.

Versorgungssicherheit / Ernährungssouveränität

Die BDP Schweiz setzt sich für einen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln von 60 Prozent ein. Die Produktion soll vielfältig bleiben, damit die Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten oder bei gestörter Zufuhr aus dem Ausland gesichert werden kann.

Eine Selbstversorgung in diesem Umfang bietet auch eine Existenzgrundlage für die vor- und nachgelagerten Betriebe der Ernährungswirtschaft, insbesondere in der Verarbeitung und im Handel.

Qualitätsstrategie / Nachhaltigkeit

Die BDP ist überzeugt, dass die Positionierung am Markt nur mit einer konsequenten Qualitätsstrategie gestärkt werden kann.

Dazu gehört eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Produktion.

Die Marke „Schweiz“ muss vor Missbrauch geschützt werden.

Für die Erteilung des Swissness-Labels müssen die Schweizer Zutaten mindestens 80 % betragen.

Um die Rückverfolgung der Produkte sicherstellen zu können, braucht es eine klare Deklarationspflicht.

Zur Qualitätsstrategie gehört für die BDP auch der gentechfreie Anbau von Landwirtschaftsprodukten.

Die BDP unterstützt daher die Verlängerung des Gentech-Moratoriums um drei Jahre.

Die Forschung soll aber in geschütztem Rahmen weiterhin gewährleistet sein.

Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems

Der Bericht des Bundesrates zur Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems enthält gute Ansätze was die Zielerreichung anbelangt.

Die BDP fordert insbesondere, dass der Zahlungsrahmen im bisherigen Umfang beibehalten wird, dass die Beiträge zielkonform ausgerichtet und somit auf die Fläche und den Tierbestand aufgeteilt werden und dass im Pensionsalter auch in Zukunft keine Direktzahlungen ausgerichtet werden.

Die Bewirtschaftung der Berggebiete ist bei den Direktzahlungen angemessen zu berücksichtigen.

Raumplanung / Bodenrecht

Die BDP fordert einen ihren Versorgungszielen angemessenen Schutz des Kulturlandes und insbesondere der Fruchtfolgeflächen.

Der Wald muss in die Raumplanung mit einbezogen werden und es sind Massnahmen zu ergreifen, um eine weitere Ausdehnung der Waldfläche zu verhindern.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Im Siedlungsgebiet ist eine Verdichtung anzustreben, Industriebrachen sind besser zu nutzen und die Umnutzung freierwerdender landwirtschaftlicher Bauten ist zu erleichtern.

Das landwirtschaftliche Bodenrecht ist beizubehalten.

Der Boden in der Landwirtschaftszone muss auch in Zukunft der produzierenden Landwirtschaft reserviert bleiben und darf nicht der allgemeinen Spekulation ausgesetzt werden.

Freihandelsabkommen mit der EU

So wie sich die Situation jetzt präsentiert ist die BDP Schweiz gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU. Ein allfälliges Freihandelsabkommen mit der EU wird für die Schweizer Bauernfamilien drastische Einkommenseinbussen zur Folge haben. Sollte der Agrarfreihandel mit der EU nicht abzuwenden sein, sind gleichzeitig griffige Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft zu ergreifen. Dazu sind auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die BDP befürwortet daher die Schaffung einer Bilanzreserve.

Milchmarkt

Die BDP ist der Meinung, dass sich in diesem Bereich die Landwirtschaft und ihre Organisationen grundsätzlich neu ausrichten müssen.

Ein geordneter Übergang mit einer sinnvollen Mengenregulierung und ohne Preiseinbussen von der staatlichen Milchkontingentierung zum freien Milchmarkt ist nicht gelungen. Es waren zu viele verschiedene Organisationen und Interessen im Spiel. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat zu viele Mehrmengengesuche bewilligt.

Die BDP Schweiz fordert, dass die neugegründete Branchenorganisation das Milchmengenproblem löst und dazu der Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit erteilt.

Organisationen / Strukturen

Die Landwirtschaftsbetriebe wurden in den letzten Jahren stark rationalisiert. Die Strukturen der Verbände und Organisationen konnten damit nicht Schritt halten.

Die BDP fordert schlankere Strukturen in allen Bereichen, einen Abbau des administrativen Aufwandes und eine Vereinfachung des Kontrollwesens.